

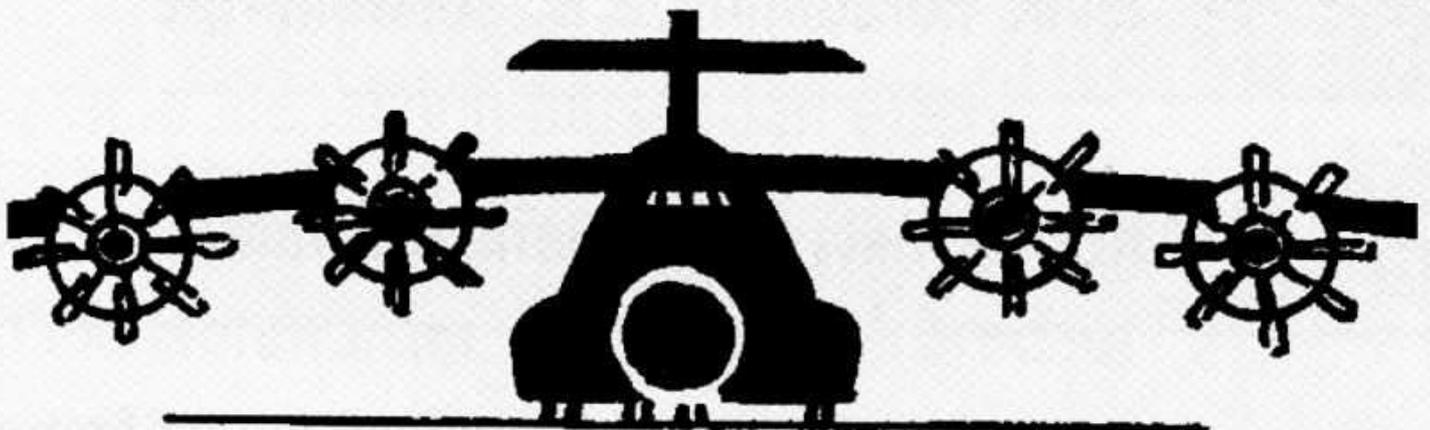
turbine

Mitteilungsblatt der DKP für VOITH-Beschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 02

April 2010

Jahrgang 39



Militär-Airbus A400M

ab 2011

Wer braucht dieses Milliardengrab?

Der Militär-Airbus A400M sei das
„mit Abstand größte europäische Rüstungsprogramm aller Zeiten“
Die Bundesregierung hat 60 solcher Großvögel bestellt.
Kosten rund 10 Milliarden Euro

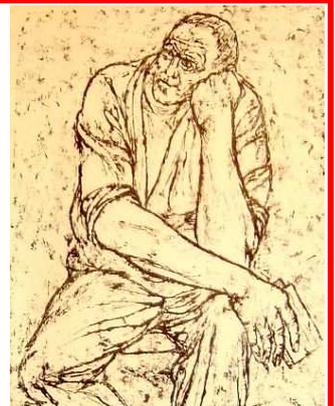
Neben der BRD haben auch Frankreich, Großbritannien, Spanien, Belgien, Luxemburg und die Türkei bei

dem Super-EU-Rüstungskonzern EADS bestellt. Von den 180 Maschinen ist Deutschland mit 60 Stück be-

teilt. Der Stückpreis von 155 Mio. Euro (2003) ist von EADS bereits um

(Fortsetzung auf Seite 2)

UZ unsere zeit
Die Zeitung für Vertrauensleute und Betriebsräte
Zum 1. Mai
Bitte Preis 20 Cent bereithalten!
am 30. April 2010 an den Werkstoren



(Fortsetzung von Seite 1)

rund 62 Millionen Euro an Mehrkosten überzogen.

Ein Milliardengigantismus zum Töten in aller Welt auf unsere Kosten. Städte

und Gemeinden bluten aus und die nach dem Grundgesetz garantierte Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden wird von den Regierenden in Berlin, in den Ländern und in den

Rathäusern mit Füßen getreten. Stadt- und Gemeinderäte aber schlafen und lassen mit sich spielen. Sie stimmen den Sparprogrammen gegen die Bevölkerung mit Mehrheiten zu. ★

Dem IG - Metall Chef Huber zur Erinnerung ins Stammbuch

"Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, den inhaltlichen Zusammenhang von Sozialabbau und Rüstungsausgaben auf allen Ebenen der Organisation wieder stärker zu thematisieren." Das beschloss der 21. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall im November 2007 in Leipzig. Doch allen friedenspolitischen Beschlüssen dieses Gewerkschaftstages zum Hohn hat der IG-Metall-Vorsitzende Berthold Huber in einem Brief an die Bundeskanzlerin sich für den A400M stark gemacht, wie in der aktuellen "Metallzeitung" nachzulesen ist. Das Programm dürfte nicht gestoppt werden, so Huber, da sonst allein in Deutschland mehr als 10.000 Jobs in Gefahr seien. Hat sich der IG-Metall-Vorsitzende eigentlich mal gefragt, wie viel Menschen nicht nur in Gefahr, sondern unmittelbar vom Tod bedroht sind, wie viel Arbeitsplätze in Schutt und Asche liegen werden, wenn die 37 Tonnen fassende Fracht des A400M, voll von Panzern, Raketenwerfern, Kampfhubschraubern und Soldaten, in Kriegsgebieten zum Einsatz kommt?

Statt sich für dieses teuerste Militärflugzeug aller Zeiten



Karl Meyer BR-Vorsitzender bei VOITH-Hydro, Mitglied im Vorstand der IG Metall, noch kämpferisch im Arbeitskampf 2003, wird aufgefordert unseren Vorsitzenden auf seine falsche Haltung anzusprechen. ★

stark zu machen, wäre es seine Aufgabe und Verantwortung, aktiv zu werden für das "Arbeitsprogramm Rüstungskonversion", wie in dem Antrag 1064 aus Hannover gefordert, der als Material an den Vorstand auf dem Gewerkschaftstag angenommen wurde.

Zur Erinnerung ein Auszug aus der Entschließung 1 des 21. Gewerkschaftstages, die auch für einen Gewerkschaftsvorsitzenden verbindlich ist: "Die IG Metall lehnt Krieg als Mittel der Politik ab. In Spannungs- und Krisenfällen muss auf eine zivile Konfliktlösung gesetzt werden. Die IG Metall fordert eine breite öffentliche Debatte über die Neuorientierung

von Bundeswehr und Nato sowie über die Rolle der UN als Akteur in globalen Sicherheitsfragen. Zudem unterstützt die IG Metall betriebliche Ansätze und Programme zur Rüstungskonversion." Wolfgang Teuber ★

VOITH-Chef Lienhard sponserte Westerwelles FDP

Wessen Brot ich ess' - dessen Lied ich sing'! Eine alte Volksweisheit. Vor Kurzem, als die FDP für die Hotelmillionäre einen verringerten Mehrwertsteuersatz erzwang, als bekannt wurde, dass bei Westerwelles Reisen gute „Spezis“ mit von der Partie waren, wurde deutlich, die Parteienspenden von Unternehmern und Unternehmen verfehlen ihre Ziele nicht. Wer den Parteien spendet, hat auf alle Fälle nichts schlechtes zu erwarten.

So berichtete „Der Spiegel vom 22.03.2010, u.a. auch: „Die J.M.VOITH AG, deren Vorstandschef Hubert Lienhard ebenfalls auf der Delegationsliste stand, war der FDP in den Jahren 2000 und 2003 mit insgesamt 28.787 Euro behilflich“. Natürlich sind das „Peanuts“ gegenüber der großen Bemühungen der Versicherungs- und Automobilkonzernen. Auch können die Unternehmen mit ihren Profiten machen was sie wollen.

Trotzdem, die Arbeitnehmervertreter im AG Aufsichtsrat und in den Räten der Tochter AG's könnten ein übriges tun: Einblick nehmen in die jährlichen Wirtschaftsprüfberichte, um ihrem Wählerklientel, den Beschäftigten reinen Wein über die VOITH-Parteienspenden-Praxis einzuschenken.

Bundeswehr wirbt in Heidenheim

In der Zeit vom
26. April bis 30. April 2010
soll sich das Infomobil der Bundeswehr zur
Werbung für Kriegseinsätze und um
Sympathisanten in Heidenheim befinden.

Dazu muss von der Stadtverwaltung öffentlicher Raum oder von den Schulverwaltungen der Pausenhof zur Verfügung gestellt werden.

Die Bundeswehr gehört in die Kaserne, nicht auf den Eugen-Jaekle-Platz und schon gar nicht auf die Pausenhöfe der Schulen

Mit Tamm-tamm und Trara wird das
Bundeswehr-Musikkorps
am 06. Mai 2010
zu einem Benefizkonzert aufspielen.

Der Steuerzahler hatte 2009 für solche Militärmusik- auftritte 796.327.- Euro zu bezahlen.

Im Jahr 2010 plant die Bundeswehr rund 790 solcher Werbeauftritte im Inland.

Knackt die Rüstungskassen - ARBEIT für die Massen - DKP -

OB Ilg: „I have a dream“

Ein „Erlebnisbad“ zwischen Zement und Thallium

Werden die Bohnäcker am Sankt Nimmerleinstag zur OB-Ilg-Thallium- oder zur Schwenk-Therme umbenannt?

Geheim, hinter vorgehaltener Hand, vertraulich, im Ältestenrat geträumt aber doch erzählt, der Presse gesteckt und damit der Öffentlichkeit ein Thema vorgesetzt das mit voller Garantie, allerdings nur kurzfristig die lieben Urheidenheimer in Rage versetzte.

Wenn die kommunalen Kassen klamm sind und der Gemeinderat hilflos zum Rotstift greift haben die Räte keinen Rat mehr, wie sie Altbewärtet erhalten sollen. Die hilflosen bürgerlichen Räte greifen dann zum Zauberwort: Privatisierung.



Nichts anderes ist mit dem Ilgschen Traum gemeint. Private Investoren lassen sich schon finden. Weg damit mit den Bädern, den Schönen und Bewährten, mit einem Pleitehaushalt lassen sich Sanierungen nicht mehr finanzieren. Also weg damit.

Ist der kommunale Traum kommunaler Aufgepasst. Die Privatisierung weiterer kommunaler Einrichtungen ist noch nicht ausgeträumt. Die 100%ige Tochter der Stadt, unsere Stadtwerke AG, ist nur noch nicht überzeugt.

Warum sollte nicht die verdeckte kommunale Haushaltskasse, die bereits die Aquarena, Parkhaus und -plätze betreibt nicht auch das Waldbad übernehmen? Der CDU, den Freien Wählern, der SPD und auch den Grünen wird es leichter fallen, statt kommunal zu sanieren, zu privatisieren. Das hat auf alle Fälle die öffentliche Diskussion bereits gebracht. Den Träumen von OB Ilg aber darf man nicht blindlings folgen. Von den Gemeinderäten ist ein kommunales Sanierungskonzept der Bäder zu erwarten. Ein Sanierungskonzept, das mit so viel Begeisterung umgesetzt wird, wie die „Leuchttürme“ auf dem Schlossberg. Das haben die Heidenheimer und ihre Bäder, insbesondere das Waldbad, wirklich verdient.



Gedenkstunde

zum Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus

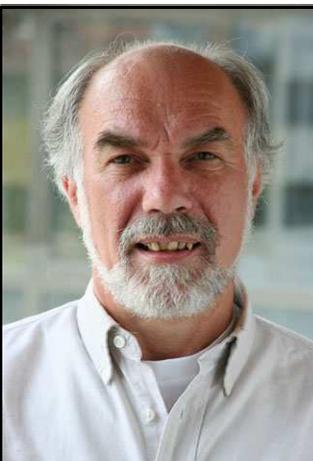
Einladung

09. Mai 2010 um 11:30 Uhr

Gedenkstein Rathaus Heidenheim Grabenstraße

Programm:

Begrüßung U. Huber
Referat Dieter Keller, Vorsitzender DGB Ortsverband Fellbach
Die Gedenkstunde wird von Dieter Köhler mit der Gitarre begleitet.



DKP Stadtrat R. Püschel

Meeboldstraße

Finanznot verhindert Sanierung der Kanalisation

Wann wird unser Kanalsystem erneuert, wollten die Oststadtbewohner aus der Meeboldstraße wissen? Auf eine entsprechende Anfrage in der Sitzung des Gemeinderats am 25. März hatte der Oberbürgermeister eine enttäuschende Antwort: Im Rahmen der Streichliste seien die geplanten

Kanalisationsarbeiten in der Meeboldstraße herausgenommen worden. „Das tut mir leid“, so der OB Ilg, die Kanalsanierung habe jedoch oberste Priorität. Nun warten die Oststädter schon seit Jahrzehnten auf die Sanierung der Kanalisation - und werden nun wieder vertröstet. Schneller allerdings ging es mit der Teilschließung der Meeboldstraße. Trotz hundertfachem Protest seitens der Bewohner hat im letzten Jahr 2009 eine Mehrheit im Gemeinderat dem Wunsch der Firmenleitung Erhard entsprochen und die Teil-

(Fortsetzung auf Seite 4)



(Fortsetzung von Seite 3)

schließung beschlossen. Grund: Die Straße soll wegen der Werksmodernisierung ins Fabrikgelände integriert werden. Mittlerweile kursieren Gerüchte (Agentur Reuters), wonach

die Firma Erhard (Mischkonzern Tyco) erneut in andere Hände verkauft werden soll. Die Firmenleitung Erhard selbst will nicht einmal nach „inoffiziellen“ Hinweisen von dem Verkauf etwas erfahren haben.



Nein zum Spardiktat !

Während den Arbeitnehmern das Fell über die Ohren gezogen wird, zockt das Kapital in altbekannter Weise und erzielt wie gewohnt horrende Profite. Mit Schutzschirmen und Steuergeschenken für die Reichen einerseits und Sozialabbau und staatlichen Sparprogrammen andererseits werden die Arbeitnehmerhaushalte gebeutelt. „Wir zahlen nicht für eure Krise“, so lautet daher zurecht der, auch von den Gewerkschaften getragene, Slogan. Widerstand ist notwendig, will die Arbeitnehmerschaft den Generalangriff der reichen Oberschicht auf ihre Lebensbedingungen zurückdrängen.



Vermischtes / Internationales / Meldungen / Infos

Zivilmilitärische Zusammenarbeit (ZMZ)

Der wachsende Unmut in der Bevölkerung bleibt den Herrschenden nicht verborgen. Jeder kleine Sieg der Arbeitnehmer bedeutet eine Niederlage für das Kapital. Niemand weiß wann das Volk die Herrschaftsverhältnisse in Frage stellt und sich massiv zur Wehr setzen wird. Deshalb werden heute Gesetze geschaffen, um morgen die Gewerkschaften und Arbeitnehmerorganisationen an die Kandare nehmen zu können.

Polizei und Schlagstöcke sind bei vielen Demonstrationen schon heute an der Tagesordnung. Um die kapitalistische Ordnung aufrecht zu erhalten darf künftig auch das Militär eingesetzt werden.

ZMZ, „Zivilmilitärische Zusammenarbeit“, nennt sich der innenpolitische

Wandel, der neben der Militarisierung der Gesellschaft, von Hauptschule bis Hochschule, vom Großsportereignis bis zum Wasserwerk und Krankenhaus, alles unter die militärische Kontrolle stellt.

Seit April 2007, mit der Indienststellung der ZMZ, heißt es hierzu in den Bundeswehr Publikationen: Die Bundeswehreinsätze im Innern dienen nicht nur der Bekämpfung von Naturkatastrophen, sondern auch dem Kampf gegen den Terrorismus- worunter das Vorgehen gegen die außerparlamentarische Opposition zu verstehen ist. Bei einer BW-Übung waren die „Demonstranten“ in Arbeitskleidung markiert. Solche Einsätze werden mit der Bezeichnung „Großschadensereignisse“ gerechtfertigt.

Ein Streik, eine Betriebsbesetzung, ein Generalstreik, eine Blockade und andere Formen des zivilen Widerstandes werden als solche „Großschadensereignisse“ deklariert und können Anlass zum Einsatz der BW gegen die Arbeitnehmerschaft sein. Wehrdienstleistende und Reservisten kommen zum Einsatz gegen ihre Kollegen, Väter, Söhne und Töchter. Der ehemalige Bundesjustizminister, Burkhard Hirsch: „Niemand hat bisher Einsätze der Bundeswehr im Innern vermisst. Und wir wollen auch nicht, dass eine Bundesregierung sich kurzerhand auf Notstand beruft und die Bundeswehr zur Lösung Politischer Probleme in Bewegung setzt“.



Kein Werben fürs Sterben in Schulen, Jobcentern u.s.w.



Ostermarsch 2010 Stuttgart

Mit über 1.500 Teilnehmer war der diesjährige zentrale Ostermarsch der Friedensbewegung in Baden-Württemberg mit farbenfrohen und politisch vielfältigen Losungen und Transparenten gekennzeichnet. „Bundeswehr raus aus Afghanistan - anstatt rein in die Schulen“ war die zentrale und treffende Losung in Stuttgart. Insbesondere Tobias Pflüger, der wiederholt bei einer Zwischenkundgebung vor dem Wehrersatzamt in Stuttgart für seine Forderungen, dass Rüstung und Militär keine Antworten auf die drängenden Fragen

unserer Zeit sind, dass die Militarisierung der EU verhindert, die Nato aufgelöst, die Militärausgaben drastisch gekürzt werden sollen und dass die Bundeswehrwerbung an Schulen und Universitäten und in anderen öffentlichen Einrichtungen nichts zu suchen haben, erhielt stürmische Zustimmung. Der Stuttgarter Ostermarsch 2010 war trotz des unbeständigen Wetters inhaltlich und in seiner farbenfrohen Gestaltung ein großer Erfolg. Das lässt für 2011 eine noch bessere Beteiligung erhoffen.

